

Rede

Ingrid Fischbach MdB

Vorsitzende der Gruppe der Frauen der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Plenardebatte

Anlässlich des Weltfrauentags zum

*„6. Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum  
Übereinkommen der Vereinten Nationen zur  
Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der  
Frau (CEDAW)“ (BT-Drs. 16/5807)*

und zum Antrag der Grünen

*„Gleichstellung von Frauen und Männern in den  
Gremien des Bundes tatsächlich durchsetzen“  
(BT-Drs. 16/7739)*

im Deutschen Bundestag

am 7. März 2008

Redezeit 6 Minuten

---

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Frau Ministerin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der 8. März ist der Tag, an dem Frauen weltweit ihr Recht auf Gleichberechtigung einfordern – und das seit über 150 Jahren. Damals forderten Frauen u. a. den gleichen Arbeitslohn. Und heute?????????

Der Weltfrauentag bietet Anlass, die Situation von Frauen in Deutschland genauer zu betrachten. Und mit dem sechsten Bericht der Bundesregierung zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) haben wir auch eine Grundlage, differenzierter auf die Lage von Frauen einzugehen.

Der CEDAW-Bericht zeigt auf, auf welchen Gebieten wir etwas erreicht haben und wo weiterer Handlungsbedarf besteht, bis wir von gleichen Rechten und Chancen für Männer wie Frauen sprechen können. Die Themenbereiche, die wir uns zur Situation von Frauen in Deutschland anschauen müssen sind vielseitig – und so vielseitig sind auch die Konzepte und Umsetzungen.

Die Maßnahmen, die von der Bundesregierung ergriffen

wurden, umfassen unter anderem die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Schutz von Stalking-Opfern und dem strafrechtlichen Schutz von Kindern gegen sexuellen Missbrauch. Schwerpunkt des Berichts aber ist die Gleichstellung von Frauen und Männern im Berufsleben, auf den ich mich auch wegen der Kürze der Redezeit gerne beschränken möchte.

Eine Ursache für die leider immer noch bestehenden Ungleichheiten ist sicherlich die geschlechterspezifische Arbeitsteilung bei der Kindererziehung und die mangelnde Infrastruktur bei den Angeboten zur Kinderbetreuung.

Hier hat die Bundesregierung – und da vor allem unsere Familienministerin, bereits gehandelt.

So haben wir zum Beispiel bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit der Einführung des Elterngeldes und dem Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige schon Entscheidendes auf den Weg gebracht.

Die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen die hohe Akzeptanz, die das Elterngeld unter jungen Eltern – Müttern wie auch Vätern – gefunden hat. Damit ist es uns gleichzeitig gelungen, dass die aktive Beteiligung von Vätern bei der Kindererziehung auch in der Gesellschaft und explizit bei den Arbeitgebern als etwas ganz normales angesehen wird.

Dass endlich auch Väter vermehrt die Möglichkeit in Anspruch nehmen, für die Familienarbeit eine berufliche Auszeit zu nehmen, führt uns viel weiter zu einer echten gleichberechtigten Teilhabe als Rechte alleine für Frauen es je vermocht hätten. Die Belastungen, die wir gerade jungen Frauen heutzutage aufbürden, werden immer mehr, sollen sie sich doch um einen guten Schulabschluss, eine noch bessere Ausbildung, die Familienplanung und ihre finanzielle Selbstständigkeit gleichzeitig kümmern – und in späteren Lebensjahren natürlich auch für die Pflege der Eltern zur Verfügung stehen!

Wichtig ist es daher, mit unserer Politik auch die Männer in die Pflicht zu nehmen und damit die Belastungen – mit all ihren Konsequenzen – gleichmäßig aufzuteilen. So wird Frauen häufig schon bei der Einstellung eine mögliche Familienpause unterstellt und führt dadurch auch im Ergebnis zu unterschiedlichen Verdienst- und Karrieremöglichkeiten zwischen Männern und Frauen.

Natürlich müssen Frauen die Möglichkeit haben, sich selbst eine Auszeit für die Familie zu nehmen. Dies darf jedoch nicht zwingend das Ende ihrer beruflichen Karriere bedeuten. Deswegen ist es besonders wichtig, dass wir auch die Situation der Frauen berücksichtigen, die sich voll der Kindererziehung widmen und erst nach längerer

Unterbrechung wieder in den Beruf zurückkehren wollen.

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen stellt heute gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, ein eigenes Aktionsprogramm zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen vor, um diesen in Zukunft zu erleichtern. Damit zeigen Sie, Frau Ministerin, dass Sie zum einen den Blick auf die jungen Frauen richten, zum anderen aber die nicht vergessen, die sich vor Jahren für ein anderes Lebens- und Familienmodell entschieden haben oder sich entscheiden mussten.

Doch dabei brauchen wir unbedingt die Unterstützung der Wirtschaft, die stärker denn je gefordert ist, Arbeitnehmerinnen mit flexiblen Möglichkeiten und Weiterbildungsangeboten zu fördern und ihnen den Wiedereinstieg in den Beruf zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Deutschland können Unternehmen heute und in Zukunft nicht mehr auf das hohe Qualifikationsniveau von Frauen verzichten – und sollten deshalb endlich wach werden und handeln! Die Frauen warten darauf!

Nicht zu verwechseln ist das Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Familie jedoch mit Karrieremöglichkeiten von Frauen. Frauen – egal ob mit oder ohne Kinder –

verdienen für gleichwertige Arbeit nicht immer gleichwertigen Lohn und stoßen schneller an die „gläserne Decke“ ihrer Karrieremöglichkeiten als ihre männlichen Kollegen.

Damit wären wir bei einer weiteren Ursache für die Ungleichheiten: die Bewertung der Arbeit von Frauen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – in der EU und in Deutschland immer noch ein großer Traum, durchschnittlich 15 bzw. 22 Prozent weniger verdienen Frauen trotz gleicher Ausbildung und Arbeit als ihre männlichen Kollegen – eine, wie der Menschenrechtskommissar des Europarats Thomas Hammarberg treffend formuliert, „schreiende Ungerechtigkeit“.

Sicherlich zeigen sich hier Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Trennlinien am Arbeitsmarkt: die Berufswahl und die Aufstiegsmöglichkeiten in den Betrieben.

Die schulische Bildung von Mädchen und Frauen hat heute einen hohen Stand erreicht: der Anteil der Abiturientinnen liegt konstant bei 57%, der Anteil von Frauen im Studium ist in den letzten 10 Jahren um 10 % gestiegen, trotzdem ist das Berufswahlspektrum immer noch sehr eingeschränkt.

Junge Frauen konzentrieren sich bei ihrer Ausbildungs- und Berufswahl aber immer noch auf Berufe, die zum Teil weniger Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten bieten. So zählen zu den zehn meist gewählten Berufsausbildungen von jungen Frauen u.a. Bürokauffrau, Kauffrau im Einzelhandel, Arzthelferin und Friseurin.

Doch auch Frauen, die in aussichtsreichen Berufsfeldern arbeiten, erreichen nicht in gleicher Zahl Führungspositionen wie Männer. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen staffelt sich deutlich je nach Größe des Unternehmens. In Betrieben mit 50 bis 250 Mitarbeitern ist die Leitungsebene zu 13 Prozent von Frauen besetzt, bei Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten sind es nur noch 4 Prozent Frauen in der ersten Führungsebene.

Ihr Anteil ist in den letzten Jahren gestiegen, aber nur langsam und auf niedrigem Niveau – unter dem Durchschnitt der EU-Staaten. Hier gibt es noch eine Menge zu tun – loblich sind da Initiativen wie die Auslobung des bayerischen Frauenförderpreises.

Mit unserem Antrag „Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken“ (BT-Drs. 16/4558) haben wir im Januar das Thema erneut aufgegriffen und fordern darin Maßnahmen, die die Lohnschere schließen. Dies muss durch gemeinsame Ziele mit den Tarifparteien geschehen,

sie müssen zur Verringerung der Einkommensunterschiede von Frauen und Männern konsequent beitragen, der freiwillige Lohntest, wie er in der Schweiz praktiziert wird, könnte ein sinnvolles Instrument zur Feststellung und Beseitigung von Lohnunterschieden sein.

Aber auch eine Veränderung der Situation, die zu der Lohnungleichheit führt, ist dringend nötig, z. B. durch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie einer breiteren Berufswahl von jungen Frauen hin zu technischen und wissenschaftlichen Berufen.

Trotzdem werden wir mit dem ständigen Ruf nach einer Quote, die die Kollegen von Bündnis 90/ Die Grünen diesmal für Gremien des Bundes fordern, der Situation mit all ihren Facetten nicht gerecht.

Ich möchte die Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen darauf hinweisen, dass eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gerade erst belegt hat, dass die Mehrheit der Befragten gegen eine Quotenregelung in der Privatwirtschaft ist.

Interessant daran ist, dass eine Quotenregelung weder unter den Frauen noch unter den Grünenwählern eine

Mehrheit findet!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich mit einem Zitat der  
Literaturnobelpreisträgerin Pearl S. Buck schließen:

„Schickt die Frauen in die Welt hinaus und lasst den Mann  
ins Haus hinein. Das sollte das Ziel von Bildung und  
Erziehung sein. Das Haus braucht den Mann und die Welt  
braucht die Frau.“

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen!!!!

Vielen Dank!

